

VORORT

STADTZEITUNG HERNE / WANNE-EICKEL

Nr. 5/77

50 PF

Was ist los im Dannekamp ?

Modernisierung auf Kosten der Mieter!

"Die Wogen scheinen geglättet. Ruhig und sachlich verlief die Mieterversammlung", so konnte man in der WAZ vom 19.10.1977 lesen. Eitler Sonnenschein also im Dannekamp? VOR ORT konnte das nicht glauben und rückte den Mietern auf die Bude. Von Sonnenschein und guter Laune war hier allerdings nicht zu spüren. Das folgende Interview, mit 4 Mietern der Dannekamp-Siedlung, macht deutlich, wie es wirklich vor Ort aussieht.

VOR ORT: Wie lange dauern die Baumaßnahmen nun schon?

I. Viehbeck: Wir sitzen schon seit ca. 6 Wochen im Dreck. Das ist für uns eine große Belastung, da wir beide berufstätig sind.

VOR ORT: Warum dauert das so lange?

O. Viehbeck: Oft scheint es so, daß es gar keine Absprachen zwischen den einzelnen Handwerkerfirmen gibt. So waren die Heizkörper schon 2 Wochen eingebaut, aber die Leitungen immer noch nicht montiert, obwohl die Löcher in Fußboden und Decke schon gebohrt waren.

I. Viehbeck: Ich konnte beobachten, daß beim Einbau der Spülen unser Haus übersprungen wurde. Vielleicht lag es daran, daß wir uns bei den Wohnstätten beschwert hatten.

G. Fricke: Mich bat zum Beispiel ein Handwerker mehrmals um ein Werkzeug, so auch um einen Schraubenzieher, den ich bis heute nicht wieder gesehen habe.

VOR ORT: Was ist denn noch alles schiefgelaufen?

O. Viehbeck: Der große Haufen Schutt, den Ihr ja gesehen habt, liegt nun schon seit Anfang der Modernisierung hier herum. Ich habe auch schon ein paarmal die Handwerker angehauen, doch keiner wollte den Abtransport alleine übernehmen.

A. van Eck: Ich habe noch ein kleines Kind, das immer noch in die



Windeln macht, so daß ich jeden Tag waschen muß. Das ist aber unmöglich, da nun schon über eine Woche kein Strom da ist. Auch sind von den neuen Kacheln schon vier Stück abgefallen. Jetzt kann ich den Handwerker wieder hinterherlaufen. Auch ist die Vorrichtung für den Vorhang im Badezimmer nicht wieder angebracht worden.

I. Viehbeck: Ohne den Mieter Bescheid zu geben wurde die Heizung angestellt. Die Folge davon war, daß bei einer Familie ein Zimmer unter Wasser stand, weil man es

versäumt hatte, die Heizungsrippe zu verschließen. Auch wird das Wasser erst nach 2 Minuten warm. Bis jetzt hat sich aber immer noch niemand blicken lassen, obwohl die Heizung nun schon seit 4 Tagen angestellt ist.

G. Fricke: Man hätte erst die Fenster auswechseln sollen; so heizen wir praktisch für die Katz', da die Fenster nicht dicht sind. Bei Regen mit Schlagseite haben wir hier immer eine kleine Überschwemmung.

Fortsetzung Seite 2

IM NAMEN DES VOLKES

POLIZEISCHÜTZE FREIGESPROCHEN - EINE BLANCO-VOLLMACHT FÜR DEN GEZIELTEN TODESSCHUSS

Am 25. und 27. Oktober fand vor dem Landgericht Bochum der Prozess gegen Dieter Ahlfänger, den Polizeiobermeister, der am 24. Juli in Herne 1 den 17-jährigen Arbeiter Rudolf Pollaczek erschossen hatte, statt. Das Urteil lautete auf Freispruch, die Urteilsbegründung stellt die juristische Vorwegnahme der Einführung des gezielten Todesschusses vor der Verabschiedung des geplanten Polizeigesetzes dar.

Schon die Durchführung des Prozesses mußte dem Beobachter den wahren Charakter des Gerichtes erkennen lassen. Die Öffentlichkeit wurde faktisch ausgeschlossen durch die Wahl eines sehr kleinen Verhandlungssaals. Insgesamt waren ca. 15 Zuschauerplätze vorhanden, die durchgehend von Polizisten besetzt waren. Resigniert zogen am ersten Verhandlungstag ca. 20 interessierte Bürger, die gekommen waren, ab, als sie merkten, daß für sie noch nicht einmal ausreichend Sitzgele-

genheiten im Flur vorhanden waren. Nur wenige Hartnäckige blieben bis zur ersten Pause und hofften auf freierwerdende Stühle im Verhandlungszimmer. Der Einlass wurde ihnen jedoch auch als sich die beiden Zuschauerreihen gelichtet hatten nicht leicht gemacht. Mit dem Argument, die Herausgegangenen kämen wieder zurück, stellte sich ihnen Beamte in den Weg. Erst durch mutiges Eingreifen von Rechtsanwalt Brentzel (Anklagevertreter des Bruders des

Fortsetzung Seite 5

Inhalt

Dannekamp.....	Seite 2
Straßen(ver)planung.....	Seite 2
Ein Beispiel:	
H. Holstein.....	Seite 3
Wohnen in der Siedlung...	Seite 4
Mietererfahrungen.....	Seite 4
Schleyer.....	Seite 5
Fröhliche Ferienstadt....	Seite 6
Stadtwerke.....	Seite 6
Anti-AKW.....	Seite 7
Selbstmord?.....	Seite 8
Morddrohung gegen	
Demokraten.....	Seite 8
Veranstaltungen.....	Seite 8
Kreuzworträtsel.....	Seite 8

Gerüchte um GEA Wohnungen Quatsch?

Unter den 30 Mietparteien der Häuser Herzogstr. Nr. 66-74 kursierte hartnäckig ein Gerücht: Die Besitzerin der Häuser, die GEA-Wohnungsgesellschaft mbH, will die Wohnungen verkaufen, sie sollen Eigentumswohnungen werden. Unsicherheit und Ratlosigkeit bei den Mietern. Man klopfte bei der GEA-Gesellschaft an, um sich (vermeintliche) Klarheit zu verschaffen. Die Gesellschaft erklärte: Verkaufsabsichten? - Alles Quatsch!

So weit, so gut. Aber jetzt ist das Gerücht wieder da: die Mieter sollen nun doch stolze Besitzer von Eigentumswohnungen werden. Sogar von einem Preis für die Wohnungen wird gemunkelt: ca. 40.000 DM. Was hat das alles zu bedeuten? Nun vielleicht dies:

Die drei Häuser (66/68 und 70/72 je ein Haus) sind vor gut zwanzig Jahren für billiges Geld auf einem Grund gebaut worden, unter dem die Zeche Hannover-Hannibal abteufte, so daß an den Häusern Bergschäden entstanden. Mehrere Reparaturen mußten vorgenommen werden. Zuletzt an dem Haus Nr. 74, das auf "Wanderschaft" gegangen war, wobei eine tragende Wand zu Bruch durch Bergbaubedingte Bodenbewegungen. Die Ruhrkohle AG (RAG) kommt für diese Bergbaubedingten Schäden in diesem Gebiet aber nicht mehr auf, und mit einem Ende der Schäden, also auch der Reparaturkosten ist nicht zu rechnen. Womit aber die GEA-Gesellschaft rechnen konnte: verkauft sie die Wohnungen, ist sie die Sorge um künftig anfallende Kosten los und macht dabei noch reichlich Reibach! Die Käufer aber sind die Dummen. Erst mal zwanzig Jahre Miete berappt, damit haben sich die Häuser für die GmbH voll "bezahlt" gemacht, dann nochmal draufgezahlt, um zwischen VEEA, Happel KG und künftig ausgebauter Dorstener Straße in wackligen Häusern zu wohnen und trotzdem weiter zu zahlen.

Aber Gott sei Dank ist alles nur ein Gerücht, obwohl ein hartnäckiges. Oder doch nicht? Denn die Frage bleibt: wem nützt es, derartige Gerüchte zu verbreiten? Doch nur dem, der sie in die Tat umsetzen kann. Vorsicht vor Gerüchten!



Dannekamp.....

VOR ORT: Sind die Mißstände auf der Mieterversammlung zur Sprache gekommen?

O. Viehbeck: Der Pressesprecher der Veba-Wohnstätten-GmbH, Dr. Stockmann, konnte keine verbindlichen Aussagen machen.

G. Fricke: Die haben nur einen Hingeschickt, um uns zu beruhigen. Man wollte auf alle Leute einzeln eingehen, obwohl es viele Probleme gibt, die alle Mieter im Dannekamp angehen.

VOR ORT: Warum fand die Versammlung erst so spät statt?

I. Viehbeck: Im Juni wollte die Veba unser Einverständnis zu den Baumaßnahmen einholen. Doch wir Mieter wollten uns vorher erst einmal zusammensetzen und uns von der Veba richtig informieren lassen. Für die Mieterversammlung haben wir in der Siedlung Unterschriften gesammelt und einen Brief an die Veba-Wohnstätten beigefügt. (siehe Kasten) Doch es kam keine Antwort. Es wurde dann ohne Besprechung angefangen zu bauen.

VOR ORT: Wie sieht es im Moment bei Euch aus?

O. Viehbeck: Wir heizen hier jetzt, doch die Fenster sind immer noch nicht ausgetauscht worden. So werden einige Zimmer überhaupt nicht warm. Die Temperatur steigt nicht über 19°C. Wenn das so weitergeht, hole ich mir noch einen kalten Arsch.

VOR ORT: Wann werden denn nun die Fenster ausgetauscht?

G. Fricke: Nachdem man uns nach 6 Jahren Verträge und leerer Versprechungen endlich zugesagt hatte, im September dieses Jahres die Fenster auszuwechseln, wurden wir jetzt wieder auf den Winter vertröstet. Das geschieht wahrscheinlich deshalb, um noch so nebenbei die Zuschüsse für Wärmedämmmaßnahmen der Bundesregierung einzustreichen.

VOR ORT: Dadurch müßte sich ja dann die Höhe der Mieterhöhung vermindern.

I. Viehbeck: Ja, das wäre logisch. Ob das passiert, steht auf einem anderen Blatt.

VOR ORT: bekommt Ihr für die ganzen Belastungen eine Entschädigung?

A. van Eck: Die Veba-Wohnstätten meint uns dadurch zu entschädigen, daß wir die Mieterhöhungen nicht sofort, sondern erst drei Monate nach Anstellung der Heizung bezahlen müssen. Unserer Meinung nach kann erst dann eine Mieterhöhung verlangt werden, wenn die gesamten Baumaßnahmen, die Fenster eingeschlossen, abgeschlossen sind und alles funktioniert. Außerdem müßte die Miete während der gesamten Baumaßnahmen gesenkt werden. Wir meinen um die Hälfte.

O. Viehbeck: Wir meinen auch, daß die Erhöhung der Miete um 70 Mark nicht im Verhältnis zu den Verbesserungen steht.

VOR ORT: Wieviel zahlt Ihr denn jetzt an Miete?

O. Viehbeck: Um die 155 DM.

VOR ORT: Sind die 225 Mark dann die Endmiete?

G. Fricke: Nein. Nach 5 Jahren soll dann noch einmal um 35 Mark erhöht werden.

O. Viehbeck: Es steht aber noch nicht fest, ob das dann die Endmiete ist.

VOR ORT: Wie sieht es mit den Pauschalen für Wasser und Gas aus?

I. Viehbeck: Da wird es noch ein Drama geben. Denn zwei bis drei Häuser laufen über einen Zähler. Da gibt es sicher Streit mit den Nachbarn.

O. Viehbeck: wir haben alle Angst vor der dicken Nachzahlung.

Bei den weiteren Gesprächen wurden von den Mietern im Dannekamp noch einige Fragen aufgeworfen. Unter anderem:

- Warum wird teures Gas aus Holland eingeführt, während gleichzeitig 5 Kokereien dichtgemacht werden und somit Arbeitsplätze vernichtet werden?

- Gleicht die Umrechnung der Deputatkohle die entstehenden Kosten für das Gas aus?

Die letzte Frage können wir zum Teil beantworten.

Bei Rentnerinnen und Rentnern entsteht ein Loch von ca. 45 Mark im Monat durch die Verrechnung.



Das Neueste vom Dannekamp!

Am 7.11.77 erschien der Bauingenieur Wittwer in der Dannekamp-Siedlung und teilte den Mietern mit, daß in nächster Zeit neu elektrische Leitungen gelegt werden sollten. Und dies zu einer Zeit, wo schon viele Familien neu tapeziert oder neue Teppiche verlegt haben. Nach seiner Meinung wäre das ganze unproblematisch und würde ohne viel Dreck vor sich gehen. Er begründete dies damit, daß die alten Stromkabel in Rohren verlegt seien. Dies stimmt, zumindest für einige Häuser, nicht. Denn in einigen Wohnungen haben die Mieter schon neue Leitungen gelegt, sind dabei aber nicht auf "Rohre" gestoßen. Dieser neue Vorgang im Dannekamp unterstreicht die im Interview gemachte Aussage, daß die ganze Modernisierung schlampig, oder gar nicht geplant worden ist.

Eine Mark und zwei

Im vergangenen Monat flatterte den Mietern im Dannekamp die monatliche Abrechnung der Veba-Wohnstätten ins Haus. Darin erschien auch eine Mehrforderung von 1,02 DM ohne Begründung. Das erscheint auf den ersten Blick nicht sehr hoch, doch auf das Jahr bezogen sind es schon 12 DM. Doch nicht die Mehrforderung ist die eigentliche Frechheit, sondern daß die Wohnstätten es offensichtlich nicht einmal mehr nötig haben, Erhöhungen zu begründen.

WAZ 19.10.77

Neue Anlaufstelle für VEBA-Mieter im Dannekamp

Die Wogen scheinen geglättet. Ruhig und sachlich verlief die Mieterversammlung, zu der sich 100 „Dannekämper“, Mieter der VEBA-Wohnstätten, eingefunden hatten. Nach Angaben von Dr. Stockmann, Pressesprecher der „Wohnstätten“, die zur Zeit ihre 267 Wohnungen in der Dannekamp-Siedlung modernisiert und renoviert, wurde keine einzige Stimme gegen die Make-up-Aktion laut.

Man habe die Mieter während des Treffens über Art und Umfang der baulichen Arbeiten informiert, habe mit ihnen z. B. den Umbau der einzelnen Küchen abgestimmt.

Als berechtigt bezeichnete Stockmann die Beschwerden, das „Wohnstätten-Büro“ an der Plutostraße, Anlaufstelle für die Mieter, sei zu klein und damit zu überlaufen. Dr. Stockmann: „Wir werden in den nächsten Monaten ein neues, größeres Büro eröffnen, so daß die Mieter, die mit uns sprechen wollen, nicht mehr auf der Straße Schlange stehen müssen.“

Wie wir bei den Gesprächen mit den Mietern erfahren konnten, ist der Aufmacher dieses Artikels, der ja über die Mieterversammlung berichteten sollte, völlig an den Haaren herbeigezogen. Das Problem einer neuen Anlaufstelle im Dannekamp steht in keinem direkten Zusammenhang mit der durchgeführten Mieterversammlung. Die Frage nach einer neuen Anlaufstelle ist erst nach der eigentlichen Mieterversammlung gestellt worden. Hier hat offensichtlich die WAZ nur nach einer Seite recherchiert. Die Betroffenen kamen hier jedenfalls nicht zu Wort.

Die Bilanz stimmt

In der WAZ vom 18. 10. 77 konnte man es lesen. Die Veba-Wohnbau konnte eine Verbesserung des Unternehmensergebnisses für das Jahr 1976 erzielen. Die Dividende blieb unverändert und das Stammkapital wurde um 2 Mill. Mark erhöht. Es ist also genügend Geld vorhanden!

Strassen(ver)planung

Wir berichteten in der Vorort Nr. 3 über den geplanten Ausbau der Dorstenerstr. und den damit verbundenen Abriss von Häusern an der Mühlenstr. Bei einem Besuch im Vermessungsamt konnten wir zu unserem Erstaunen feststellen, daß die Planung für den Ausbau der Dorstener Str. aufgehoben worden ist. Somit steht der Ausbau der Dorstener Str. in den Sternen. Es hat den Anschein, daß die Herner Stadt schnell

ler Häuser abreißt, als man in Bochum (Sitz der Landesplanung) Straßen planen kann. Am Rande sei bemerkt, daß sich die Häuser im Besitz der Stadt befanden, so daß man sich nicht mit eventuell entstehenden Verzögerungen, z.B. Prozessen um die Entschädigung der Hausbesitzer, herausreden kann. Wen wundert es da noch, wenn die Stadt immer mehr Bürger verliert (trotz U-Bahn).



Josef Erler
Im Dannekamp 2
4090 Herne 2
Tel.: 70285

Herne 2, 17. Juni 1977

VEBA
Unternehmensgruppe Wohnstätten
Postfach 102610

4030 Bochum 1

Modernisierung unserer Wohnungen

hier: Einbau von zentralen Heizungsanlagen mit zentraler Warmwasserbereitung; Komplettierung der Bäder; Ihr Z.: 808 - 110

Sehr geehrte Herren,

Ihr Schreiben vom 2. dieses Monats über die Modernisierung unserer Wohnungen in Herne 2, im Dannekamp, haben wir erhalten. Allerdings ergeben sich da für uns Mieter noch einige unklare Punkte bezüglich dieser Modernisierung. Wir wären Ihnen daher sehr dankbar, wenn wir diese Unklarheiten mit Ihnen noch vor Beginn der Arbeiten bei einer Zusammenkunft mit allen Mietern dieser Straße erörtern könnten.

Wir würden uns freuen, wenn schon in kurzer Zeit eine solche Besprechung stattfinden könnte.

Mit freundlichen Grüßen

VERKEHR VERKEHRT

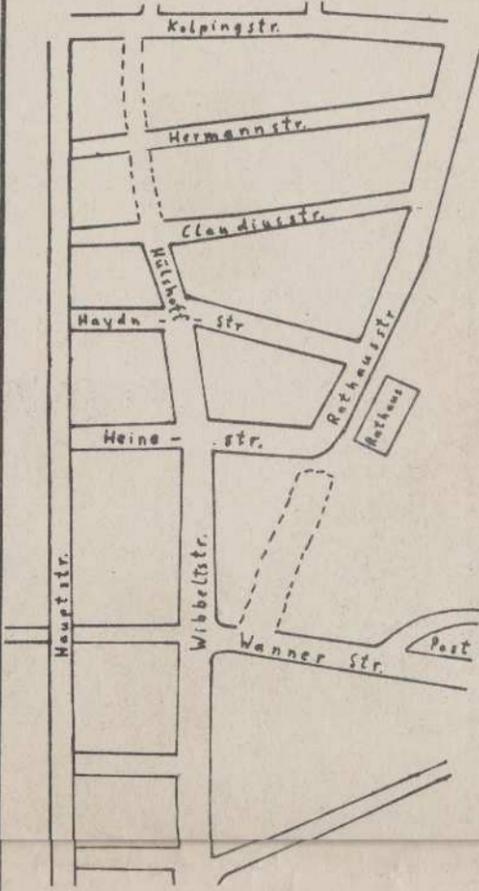
Stadtplanung in Herne

"Graf von der Mühlen gibt sich die Ehre", so könnte eine Serie betitelt werden, die den ganzen Unsinn der Verkehrsplanung in Wanne-Eickel und Herne dokumentieren würde (vgl. Vorort Nr. 2 u. 3). Heute berichten wir über die Planung Wibelstr./Haydnstr., die einen weiteren Höhepunkt von Herrn von der Mühlen Schildbürgerstreichen darstellt. Herr v.d. Mühlen ist leitender Baurat und Dipl. Ingenieur im Hochbauamt der Stadt Herne.

Am 7. Juni 1974 erhielten die Mieter der Häuser Haydnstr. 13/14/16-18 sowie die Familien aus zwei weiteren Häusern die Kündigung ihrer städtischen Wohnungen. Die Begründung wurde mitgeliefert: Abriß! Der Grund für diesen Abriß bestand in früher geplanten Bau des Gesundheits- und Verwaltungszentrums auf der heutigen Wiese Berliner Str./Wibelstr./Wanner Str. Zu diesem Zweck wurde die alte Rathausstr. zwischen Rathaus und Berliner Str. gesperrt. Dafür wurde dann die Wibelstr. ausgebaut, die gerade verlängert werden soll bis zur Kolpingstr. Deshalb wurden und werden heute noch umfangreiche Abbrucharbeiten erforderlich. Abbruch bedeutet hier: Vertreibung von alteingesessenen Bürgern, Zerstörung guter Nachbarschaften, Verlust von innerstädtischer Gemütlichkeit in Wanne-Eickel. Außerdem werden soziale Härten geschaffen, indem die vertriebenen Bürger in teure Sozialwohnungen gezwängt werden, die dreimal so teuer sind wie die Altbauwohnungen.

Als die Städte Herne und Wanne-Eickel zusammengingen, wurde der Plan des Baus eines Gesundheitszentrums aufgegeben. Die Verkehrsplanung in diesem Bereich wurde nicht geändert: nach wie vor sollen die betreffenden Häuser abgerissen werden, damit eine gerade Straße als Verlängerung der Wibelstr. über Hülshoff-, Claudius-, Herrman- bis zur Kolpingstr. gebaut werden kann. Im Klartext: eine Baumaßnahme erfordert die Umlegung des Verkehrs, die Baumaßnahme kann nicht ausgeführt werden, der Verkehr wird trotz teuersten Straßenbaus und Häuserabriss umgelegt. Idiotischer geht es nicht mehr!

Aber Herr v.d.M. hat eine neue Rechtfertigung für diese alte Planung auf Lager: die noch zu bauende Straße soll eine sogenannte "Andienungsstr." werden. Angeblich kämen die Lieferanten der Wanne-Eickeler Geschäftswelt zu schlecht an die fußläufige Hauptstr. Wir müssen hier Herrn v.d.M. bescheinigen, daß er garnicht weiß, wie es in Wanne-Eickel aussieht. Denn es besteht absolut keine Schwierigkeit, über Herrman-/Claudius-/u. Haydnstr. an die Hauptstr. zu gelangen! Es bleibt die Frage, warum diese Straße gebaut werden soll!? Herr v.d.M. lassen sie sich was einfallen!



DIE BAUKOSTEN DER V.D.MÜHLEN GEDÄCHTNISKURVE

Erweiterung des Bahnhofsparks	20.000,- DM
Neubau der Kolpingstrasse	2.011.990,- DM
Ausbau der Claudiusstrasse	80.000,- DM
Ausbau der Haydnstrasse	1.000.000,- DM
Ampelanlage	80.000,- DM
Kanalerneuerungen	257.823,- DM
Abbruchkosten (geschätzt)	300.000,- DM
Das ist die Summe der Baukosten ohne Grunderwerb ohne Kosten für den Umbau der alten Rathausstr. ohne Entschädigung an die Mieter ohne Neubaukosten für die Abgerissenen Wohnungen und ohne Planungskosten	3.749.813,- DM

WIE MAN SICH WEHREN KANN

Hugo Holstein brachte seit Juli 1974 diese Planungsmaßnahme über zahlreiche Leserbriefe in die städtische Öffentlichkeit ein. Im selben Monat machte er durch eine gelungene Aktion auf die Probleme in dem Bereich Haydnstr./Wibelstr. aufmerksam: Er hisste eine schwarze Fahne. Schwindelig vor soviel Öffentlichkeit, änderten die verunsicherten Planer ihre Absichten. Das Haus, Haydnstr.13, steht heute noch! Weiterhin protestierte Herr Holstein gegen Verletzungen des Gleichheitsgrundsatzes bei der Festlegung von Entschädigungssummen für die betroffenen Familien der abgerissenen Häuser Haydnstr. 14/16.

1. In der Haydnstr.14 wohnte das Ehepaar Krawinkel, das für 5000 DM die Wohnung renovierte. Nach sechs Monaten kam die Kündigung.
2. In der Haydnstr.16 wohnte das Ehepaar Nolte, 77 und 79 Jahre alt, und zwar seit 30 Jahren. Sie renovierten die Wohnung für insgesamt 6000 DM. Beide Familien erhielten 10 DM Entschädigung pro qm. Das machte z.B. für das Ehepaar Nolte ganze 860 DM. Zwei weitere Mieter er-

hielten ebenfalls 10 DM pro qm. Die beiden Mieter waren Bedienstete der Stadt Herne. Kurz bevor bei den städtischen Angestellten auf Stadtkosten renoviert wurde, hat das Ehepaar Nolte um eine Baderneuerung. Sie bekamen von Hendrian, Leiter des Liegenschaftsamtes, die Antwort, es sei kein Geld da. Diese schreiende Ungerechtigkeit stellte Herr Holstein in einem Leserbrief dar. Wir drucken aus dokumentarischen Gründen diesen Leserbrief ab. Denn er ist Anlaß für eine Anzeige des Oberstadtdirektors, als oberstem Dienstherrn, gegen Hugo Holstein, und zwar wegen "Beleidigung und übler Nachrede". Die Anzeige enthält sich nicht auf bestimmte Redewendungen oder vielleicht gar angebliche Schimpfworte, sondern auf den STIL des Leserbriefes!!! Bis heute konnte der Staatsanwalt nicht entscheiden, ob die Klage erhoben wird; angesichts dieser grotesken Begründung ist das nicht verwunderlich. Aber Herr Holstein machte das einzig Richtige: er verklagte seinerseits des Oberstadtdirektor wegen "Falscher Anschuldigungen". Wir dürfen gespannt sein, wie die Justiz reagiert.

GLEICHHEITS - GRUNDSATZ?

Es wird von dem ehemaligen Leiter des Wanne-Eickeler Liegenschaftsamtes, Jubel, von dem Gleichheitsgrundsatz, als unverletzlich angewandt, geschrieben. Wie weit dies in der Höhe der Mietfestsetzung zutrifft, kann ich nicht beurteilen. Es steht fest und ist jederzeit nachweisbar, daß in der Unterhaltung der städtischen Wohnungen weder von Herrn Jubel noch von Herrn Hendrian nach dem Gleichheitsgrundsatz verfahren worden ist. Es ist noch heute, leicht überprüfbar, in welchen Wohnungen Verbesserungen vorgenommen worden sind und bei welchen Wohnungen dringende Instandsetzungen unterblieben. Nur vorzugsweise bei städtischen Bediensteten und bei dem Liegenschaftsamt nahestehenden Mietern wurden entsprechende Reparaturen und Verbesserungen durchgeführt. Zum Beispiel wurden in einem von städtischen Bediensteten bewohntem Haus in Wanne-Eickel Bäder installiert, während dies bei anderen Mietern mit dem Hinweis, es sei kein Geld vorhanden, abgelehnt wurde. Bei dem Abbruch der Häuser Haydnstraße 14/16 wurden unterschiedliche Entschädigungen gezahlt. So erhielten die Mieter, denen die Bäder eingebaut wurden, die gleiche Entschädigung wie die Mietparteien, die sich die Badezimmer gezwungenermaßen auf eigene Kosten installieren ließen. In einem anderen Fall erhielt ein Mieter von dem Leiter des Liegenschaftsamtes in Herne 1, Hendrian, 50 v.H. mehr Entschädigung unter den gleichen Aspekten zugesprochen. Zu den Feststellungen der Arnberger Prüfer wird es noch Beiträge geben müssen, damit Klarheit geschaffen wird.

Hugo Holstein
Haydnstraße 13



Neben dem Wanner Rathaus macht der Abbauhammer Platz für das neue Gesundheitszentrum. Nach der x-ten Planung soll es voraussichtlich



Wohnen in der Siedlung

Bereits im August berichteten wir ausführlich über das geplante Projekt Westtangente. Das bedeutet für die Hammerschmidtstrasse: vierspuriger Ausbau als Autobahnzubringer. Zu diesem Zweck muss die Strasse verbreitert werden. Deshalb soll die Arbeitersiedlung Glückauf-, Mathilden-, Schalke- und Hüttenstrasse zerstört werden. Wie das aussehen wird, schildert Herr Müller, der verantwortliche Planer dieser Massnahme: "Der Autobahnzubringer wird so einen Krach machen, daß die Leute von selbst ausziehen werden!!" Wenn die Hammerschmidtstr. verbreitert wird, werden die Fronthäuser abgerissen, die parallel zur Strasse stehen. Damit kann der gesamte Strassenlärm eindringen in die Innenhöfe der Siedlung. Das ist die einfache Taktik der Herner Stadtplaner. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß immer noch der Bebauungsplan (76.1) für die Siedlung gültig ist: Abriss und Neubau von viergeschossigen Häusern. Diese planen einfach über unsere Köpfe und Bedürfnisse hinweg. Sie wissen oft überhaupt nicht, welche Menschen mit welchen Bedürfnissen und Problemen von ihren Planungen betroffen sind. Deshalb berichten wir heute ausführlich über die Arbeitersiedlung, die zwischen der Hammerschmidt- und der Emscherstr. liegt.

1. Wohndauer

Die Kumpels und ihre Familien, die hier vertrieben werden sollen, wohnen zu 50% schon länger als 20 Jahre in dieser Siedlung. Von der Gruppe der "Altkolonisten" leben zwei Drittel länger als 30 Jahre in diesem Stadtteil !!



Die Zahlen verdeutlichen, daß die Bewohner eine starke Bindung zu ihrer Siedlung haben. Eine Zerstörung käme einem brutalen Willkürakt der Stadtplaner gleich. Die Bewohner können heute bereits über ehemalige Nachbarn berichten, die dort ausgezogen sind, um Wohnungen des "sozialen Wohnungsbaus" zu beziehen. Diese Leute haben heute das stärkste Interesse, in die Kolonie zurückzu-

2. Nachbarschaftsverhältnisse

93,3% aller Bewohner bezeichnen die nachbarschaftlichen Beziehungen als "sehr gut". Über ein Drittel aller Bewohner besuchen sich bei familiären Anlässen gegenseitig! Von diesen Kontaktmöglichkeiten können Hochhausbewohner nur träumen!

3. Wohnsituation

76,6% der Kolonisten zeigten in einer Umfrage keine Bereitschaft zum Auszug aus der Siedlung! Nur jeder Zehnte erwähnte die Möglichkeit eines Umzugs. Meistens gehören diese Leute zur Gruppe mit niedriger Wohndauer in der Siedlung. Allerdings äußerten 90% ihre Unwilligkeit, in ein Hochhaus zu ziehen, z.B. a la Scharpwinkelring.

4. Mieten

Bei einer Durchschnittlichen Haushaltsgröße von rund 3 Personen lag im Oktober 1976 der Durchschnittsmietpreis bei 137,-DM im Monat !!! Die Mietbelastung würde sich mindestens verdreifachen, wenn die Kollegen mit ihren Familien in Wohnungen des "sozialen Wohnungsbaus" einziehen müßten.

Eine wesentliche soziale Härte würde für die Betroffenen zusätzlich durch die Zerstörung der Siedlung entstehen, wenn man das Freizeitverhalten betrachtet: Zwei Drittel aller Befragten benannten "Haus und Garten" als hauptsächliche Freizeitbeschäftigung. Hier muß mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß auch Arbeiter das Recht haben, so zu wohnen, wie die Leute von "an der Burg".



Löbliches passierte auf der Mathildenstraße: Seit geraumer Zeit zierte ein 20 Kilometer Geschwindigkeitsbegrenzungsschild die Einfahrt der Straße. Die Anwohner der Straße freuen sich über die Einsicht der Straßenplaner. Was unverstänglich ist: Warum wird die Geschwindigkeit der Autofahrer nicht auch in der Hüttenstraße, die zur selben Siedlung gehört, gebremst? Denn gerade die Hüttenstraße wird von den Kindern der Anwohner als Spielstraße benutzt. Liegt es daran, "daß dort nur Türken wohnen"?



Zitat des Monats

"Man hat keine Möglichkeit mehr, sich zu wehren, seitdem es in dieser Stadt nur noch eine Presse gibt!"

Stadtjugendpfleger Lengenfeld

10 JAHRE TRIKONT

BUCHER

Frauenbewegung, Indianer, Ökologie, AKW-Nein-Bewegung, Altenbewegung, Jugendrevolte, Musik, Biographien, Knast, Psychiatrie, Arbeiterradikalismus, Italien, Spanien, Dritte Welt, Amerika und Zeitschrift AUTONOMIE - Materialien gegen die Fabrikgesellschaft.



SCHALLPLATTEN

Walter Moßmann, Tommi und Mek, Klaus der Fiedler, Dave Corner, Weckers Uhrwerk, M.E.K. Bilk, Oktober, Rote Rübe, Warmer Südwind, Linksradikales Blasorchester, 3 Tornados. Liedermacher, Politrock, Straßenmusik, Kneipenkabarett, Blasmusik, Mundartlieder, Regionalmusik aus Baden, Elsaß, Nordschweiz, Bretagne, Wales, Okzitanien. Liedermacher aus USA: Guthrie, Ochs, Dylan, Holly Near, Pete Seeger, u. a. Indianerlieder und -musik. Christiana, Italien, Lateinamerika, Spanien u.v.a.

Genau informiert unser Almanach 10 Jahre Trikont und die Musikzeitung UNSERE STIMME. Kostenlos anfordern. TRIKONT-Verlagskollektiv, Kistnerstr. 1, 8000 München 90, Tel. (089) 691 78 21-22

Vor einiger Zeit hatten die Bewohner der Flöz-Hugo-Siedlung ähnliches wie die Mieter aus dem Dannekamp (es handelt sich hier um die gleiche Wohnungsbaugesellschaft) durchzustehen, nur dauerte es dort etwas länger. Hierzu unsere fast authentische Satire:

Alles schon mal dagewesen

Eines Tages, es war etwa Mitte August brachte unser Postbote liebe Briefe. An uns und unsere Nachbarn. Überhaupt an jeden in unserer Straße. Es war wirklich eine gute Nachricht, denn unsere Wohnungen sollten modernisiert werden. Wir sollten Heizungen und Heißwasser bekommen. Alles war froh, daß man keine Kohlen mehr schleppen mußte und andere Optimisten bestellten erst gar keine mehr für den Winter. Mitte Dezember kamen dann auch die ersten Handwerker. Nette junge Burschen -Maurer waren es wohl -die uns unsere Öfen abrücken ließen und die Löcher für die Rohre zumauern. Natürlich, wir hatten nun zwar keinen Ofen mehr, dafür aber mehr Platz im Wohnzimmer. Außerdem steigerte die Kälte unsere Vorfreude auf die neue Heizung enorm. Man muß schließlich bei allem auch die Vorteile sehen. Wir verbrachten eine frühlich-kalte Weihnacht und Mitte Januar kamen erneut nette junge Burschen. Diesmal andere. Sie hatten längliche Geräte; Schlagbohrmaschinen, wie mir einer erklärte. Damit stießen sie Löcher in die Wände-für die Heizungsrohre, wie sie sagten. Nun, die müssen ja auch sein, obwohl es mich ein wenig wunderte, daß wir 40 cm dicke Heizungsrohre bekommen sollten. Zum anderen - ich muß es trotz aller Dankbarkeit sagen-störte es mich etwas, daß ich innerhalb Monate lang das Lustgestöhne unserer Nachbarn von oben hörte. Die Rohre mußten

ja auch da hin, und unten waren die Nachbarn längst nicht mehr so aktiv. Natürlich bleibt es auch nicht aus, daß ab und zu etwas lasch gearbeitet wird. So fiel zum Beispiel unser Nachbar mitsamt der Kloschüssel in die Küche, als er sich beim Abort anlehnte. Was soll's?? Daß die Wände durch den Umbau etwas porös waren, hätte er selbst merken müssen. Die Vorfreude hielt nichtsdestotrotz bis Mitte Februar an, als schließlich die Sanitärinstallationen in Angriff genommen wurden. Das Hallenbad ist von unserer Wohnung lediglich eine halbe Stunde mit dem Bus entfernt, und so machte es mir nichts aus, das tägliche Badevergnügen auf den Dienstagnachmittag zu verlegen. Allerdings ist es doch etwas beschwerlich, auf einem Zehnlitereimer seine Notdurft zu verrichten. Nichtsdestotrotz hatten die Handwerker endlich für Platz im Bad gesorgt, denn ohne Toilette und Badewanne ist es in der Tat geräumiger. Ende Februar hatte unsere von Kälte und Darmbeschwerden heimgesuchte Familie wieder viel Spaß, als die Elektriker kamen und alle Wände auf-rissen. Mit weißem Staub bedeckt gefallen mir mein Vater, meine Mutter und die Polstergarnitur auch viel besser. Anfang März wurden wir einer weiteren Sorge enthoben, denn endlich kamen die Heizungsmonteure und bauten die stabile Wärme ein. Endlich konnten wir tapezieren, nachdem mein Vater die Maurer bestochen hatte, we-

nigstens die Löcher im Wohnzimmer zu stopfen. Kurz darauf, welche Schande, waren wir aber wieder undankbar. Wir muckten nämlich ein wenig auf, als neue Männer kamen und die Fenster samt Rahmen und neuer Tapete aus der Wand rissen. Dabei war alle Aufregung umsonst, denn die Tapete war ja noch gar nicht trocken gewesen, weil die Heizkörper nicht funktionierten und Tapete bei minus drei Grad eher die Tendenz hat zu gefrieren als zu trocknen. Da machte es uns auch nichts aus, als die Kloschüssel beim ersten Benutzen auseinanderbrach. Fabrikationsfehler kommen halt überall mal vor. Außerdem sieht die Sache mit den zwei Sorten Fliesen im Bad recht modern aus, und nur Ignoranten stört die leichte Schräglage der Heizkörper. Auch die zwei Sorten Fenster sind nicht übel. Der Sommer zog ins Land und endlich durften wir auch die Heizkörper ausprobieren. Vielmehr - wir mußten, und das zwei Tage lang. Um die 57 Grad hätte uns jeder Senegalese beneidet. Jedoch zeigte meine Mutter kurz darauf leichte nervöse Reizungen, als die Fenster in der Küche erneuert wurden. Nun gut, sie hatte ein wenig Ärger gehabt, mit der Mieterhöhung um 170% und der ständig falsch berechneten Heizkostenpauschale. Nicht daß damit alle Unannehmlichkeiten ausgestanden waren- aber um einen ersten Eindruck unserer Erlebnisse zu vermitteln, soll's für heute genügen!

Fahrlässige Tötung?

Erschossenen) kamen einige wenige herein. Die Polizisten, die nach der Unterbrechung wieder kamen, passten trotz neuer Zuhörer, oh Wunder, alle wieder in den Gerichtssaal. Man saß wie die Ölsardinen zusammengequetscht in den Bänken. Die Aufforderung, die Öffentlichkeit der Verhandlung nicht zu verhindern und einen größeren Saal für den 2. Verhandlungstag zu bestellen, entlockten dem Vorsitzenden Richter Hinerarky nur ein müdes Lächeln und die Frage, ob das denn wirklich nötig sei. Der Prozeß selber zeichnete sich aus durch ein gehöriges Maß an Zynismus und Arroganz. Die hochschaligere ehemalige Freundin des Erschossenen mußte weinend mitteilen, warum sie mit Rudolf Schluß gemacht hatte. Die Art und Weise der Vernehmungen machte deutlich, worum es dem Gericht ging. Die Zeugen sollten unglaubwürdig wirkend durch Herausstellung von Widersprüchlichkeiten ihrer Aussagen zu den Protokollen, die direkt nach dem Todesschuß in stundenlangen Verhören aufgenommen worden waren. Sie sollten unglaubwürdig wirken durch ihr verunsichertes Auftreten, durch Anspielungen auf ihr soziales Milieu. Dem unsicheren Auftreten und den in Details widersprüchlichen Aussagen der zivilen Augenzeugen, standen die Darlegungen der Polizeizeugen wie ein monolithischer Block gegenüber. Wortgleichheit in der Darstellung des Geschehenen, völlige Übereinstimmung bei der prophetischen Einschätzung: "Wenn nicht geschossen worden wäre, wäre einer von uns ums Leben gekommen". Das rechtfertigte für Richter Hinerarky sich "besonders" auf die Aussagen der Polizisten bei der Urteilsfindung zu stützen.

Die Urteilsbegründung ist ein Dokument, das jeder studieren sollte der glaubt, in unserem Staate gälte der Grundsatz: "Gleiches Recht für Alle", oder der glaubt, die Polizei sei nicht mit allen Willkürrechten ausgestattet. Die Argumentation des Ahlfänger-Verteidigers Leopold wurde vom Gericht voll und dankbar aufgegriffen und in unverschleierte und offener Weise zum juristischen Freibrief für den gezielten Todesschuß gemacht.

Es sei Notwehr, wenn 4 Polizisten mit gezogener, entschärfter und gespannter Pistole und mit Gummiknuppeln auf einen betrunkenen 17-jährigen Jungen, der ein Messer in der Hand hat, losgehen. Diese Notwehrsituation rechtfertige nicht nur einen Beinschuß, sondern sogar einen gezielten Todesschuß. Was ein Polizist in korrekter Weise hätte tun sollen, könne ihm nicht als Fahrlässigkeit vorgeworfen werden. Der Verteidiger Ahlfängers forderte die Polizisten auf, sich nicht zu rechtfertigen, sie sollten sich bewußt sein über die Richtigkeit ihres Vorgehens.

Man stelle sich die Situation am 24. Juli mit vertauschten Rollen vor. Ein Polizist steht 4 "normalen Kriminellen" gegenüber und wird von ihnen erschossen. Die

blauäugigste Blauäugigkeit, alle Unglücksbeteuerungen, hätten den Schützen nicht vor einer Verurteilung wegen Mordes bewahrt. Hier wird der Unterschied deutlich. Der Polizist soll schießen, nicht nur auf Terroristen, wie uns das Urteil lehrt.

Er soll sich ans Schiessen gewöhnen, und wir sollen uns an schießende Polizisten gewöhnen, wie ans Steuern zahlen. Viele interessante Begleitumstände kamen bei dem Prozess überhaupt nicht zur Sprache. Zum Beispiel, daß den Zeugen von Polizei und Staatsanwaltschaft direkt nach dem Todesschuß eindringlich nahegelegt worden war, in der Öffentlichkeit keine Aussagen zu dem Geschehenen zu machen, oder daß die Mutter, als sie nach dem Todesschuß auf dem Hof eintraf, beschimpft wurde und von der Polizei eine Kellertreppe heruntergestoßen wurde. Nicht zur Sprache kamen die Versuche, Rudolf und seine Familie zu kriminalisieren, indem die Polizei seine Wohnung beschlagnahmte, um festzustellen ob in ihr gestohlene Gegenstände seien.

Die Herner Bürgerinitiative gegen Polizeiübergriffe, die sich zum Anlass des Todesschußes gegründet hatte, interpretierte das Urteil auf ihrer letzten Veranstaltung am 7. November als Blanco-Legitimation für jeden Polizisten sich in Notwehr zu fühlen und Todesschüsse abzugeben. "Es ist die juristische Vorwegnahme des gezielten Todesschusses vor Verabschiedung des "Einheitlichen Polizeigesetzes".



Zur Vorlage des neuen Polizeigesetzes.
"Das ist unsere neue demokratische Grundhaltung!"

In diesem Urteil wird der Geist der Zeit deutlich. Die Aufrüstung und Ausbildung der Polizei zu einer fast militärischen Organisation, das Versehen mit allen Willkürrechten, das ist die andere Seite des systematisch vorangetriebenen Abbaus demokratischer Rechte in der BRD." Für die Bürgerinitiative bleibt das Geschehene Mord, wenn auch nicht in juristisch definierterem Sinne. Folgende Tatsache läßt sich aber nicht verwischen: Mit Pistolen in der Hand kann man niemandem ein Messer wegnehmen, es sei denn, man erschießt ihn. Ob sich der Schuß gewollt oder ungewollt gelöst hat, der Tod Rudolfs ist von allen beteiligten Polizisten billigend in Kauf genommen worden. Es war keine Notwehrsituation, das konnten selbst die abgesprochenen Polizeiaussagen nicht glaubhaft machen; höchstens für Rudolf. Die Bürgerinitiative fordert weiter die Verurteilung der Verantwortlichen.

Die Erschießung Rudolf Polaczeks hält die Bürgerinitiative nicht für einen Einzelfall. Ahlfänger ist verantwortlich für den Schuß, aber er schwimmt in einer Welle. Diejenigen, die verantwortlich sind für die Entwicklung zum Polizeistaat, die verantwortlich sind für den systematischen Abbau demokratischer Rechte, nur diejenigen wollen die Ursachen solcher "Unglücksfälle" ausschliesslich beim einzelnen Schützen sehen, und sie würden ihn notfalls wie eine heiße Kartoffel fallen lassen.

Die letzten Wochen und Monate waren geprägt von reaktionärer Sympathisantenhetze, vom Durchpeitschen von Gesetzen, wie es beispielsweise seit Bestehen der BRD. Das Kontaktsperregesetz, das scheinbar notwendig zur Bekämpfung einer konkreten Gefahrensituation ist, hat in Wahrheit viel weiterreichende Konsequenzen. Anwandbar auf jeden, kann es morgen dazu führen daß man auf Verdacht hin festgenommen und auf unbestimmte Zeit total isoliert wird. Zur Diskussion steht, Gespräche zwischen Inhaftierten und deren Verteidigern grundsätzlich auch ohne Verdacht auf kriminelle Zusammenarbeit zu kontrollieren. Die von der CDU angestrebten Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML (sowie KB und DKP, Anmerkung der Redaktion) stellen einen umfassenden Angriff auf die Organisationsfreiheit dar. Die Liste von Maßnahmen zum Abbau demokratischer Rechte ließe sich sehr lang weiter verfolgen. Die Bürgerinitiativen gegen Polizeiübergriffe dürfen sich aber nicht verzetteln, dürfen es nicht als ihre Aufgabe verstehen, rundschlammäßig alles in gleichem Maße anzugreifen, was offen reaktionär ist, was die Rechte des Volkes beschneidet. Sie müssen ihre Kräfte konzentrieren und für einen

breitestmöglichen Zusammenschluß eintreten. Der Kampf gegen das geplante "Einheitliche Polizeigesetz" muß für sie im Mittelpunkt stehen, aber sie dürfen nicht den Zusammenhang, in dem dieses Gesetz steht, vergessen.

An dieser Stelle sei der Musterentwurf des einheitlichen Polizeigesetzes zusammenfassend und kurz dargestellt:

1. Einführung des gezielten Todesschusses, ausdrücklich auch auf Kinder unter 14 Jahren
2. Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren
3. Hausdurchsuchung dürfen ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl durchgeführt werden; es können beliebig Beschlagnahmungen vorgenommen werden
4. Personenüberprüfungen können völlig willkürlich durchgeführt werden, die Daten werden zentral gespeichert
5. Die Organisation der Polizei soll von Länder- auf Bundesebene einheitlich gehoben werden

Dieses Gesetzesmachwerk soll jetzt durchgepeitscht werden. Der Vorsitzende der Länderinnenministerkonferenz, der NRW-Innenminister Hirsch (FDP) sagt dazu in aller Klarheit: "So eine Chance wie jetzt kommt in den ganzen nächsten Jahren nicht wieder."

Auf ihrer nächsten Sitzung am 25. November soll der Musterentwurf entgeltlich verabschiedet werden. Die Bürgerinitiativen gegen Polizeiübergriffe beraten eine bundesweit durchgeführte Aktionswoche zu diesem Anlass.

DAS "EINHEITLICHE POLIZEIGESETZ" DARF NICHT VERABSCHIEDET WERDEN!
H. Mencke (Pressesprecher der Herner Bürgerinitiative)
PS.: Die Herner Bürgerinitiative gegen Polizeiübergriffe trifft sich jeden Donnerstag in der Gaststätte Krug Herne! Mont-Genis-Str. Ecke Goethestr. um 19⁰⁰ Uhr.
Kontaktadresse: Fritz Hassenstein Siepenstasse 22 Herne 1



WAZ

Donnerstag, 20. Oktober 1977

Schleyer - Leben für die Freiheit

Mit diesem Satz überschreibt die WAZ am 20. 10. 1977 einen Artikel zur Person H.M. Schleyers. Der darauf folgende Lebenslauf hat Lücken, Lücken insbesondere in der Zeit bis 1945. Wir vervollständigen an dieser Stelle diesen lückenhaften Lebenslauf um zu zeigen, was ausgelassen oder verharmlost wurde. Es mußte fehlen, um dem Leser die Verbindung Schleyer-Freiheit glaubhaft zu machen. Die Gegenüberstellung der WAZ Behauptungen mit den Tatsachen spricht Bände.

Sachlicher Gegenspieler

(WAZ 20.10.77)

H.M. Schleyer war Dr. jur., Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Vorsitzender der Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände und, und, und, Reichsstudienwerks-Amtswalter, SS-Oberscharführer, Schulungsleiter der 13. SS-Reiterstandarte, Chef des "Zentralverbandes der Industrie für Böhmen und Mähren" und, und, und.

Er war damals auch SS-Mitglied (WAZ 20.10.77) und das sehr aktiv, bereits 1931(!) trat Schleyer (SS-Mitgliedsnummer 227014) 16-jährig(!) der Hitler-Jugend bei, anschließend der schlagenden Verbindung des Korps Suevia, der SS, der NSDAP.

Ihm wurde nachgesagt, er habe eine Schwäche für Stärke (WAZ 20.10.77)

bis zum Kriegsausbruch wird er aufgrund dieser "Schwäche" SS-Scharführer, SS-Oberscharführer...

Am 15.6.37 wird er vom SS-Rasse- und Siedlungshauptmann zum Schulungsleiter an die 13. SS-Reiterstandarte überwiesen. Anfang 1938 wird ihm die Leitung einer Reichsstudienwerksfiliale in Innsbruck übertragen.

Nach der Annexion der Sudetengebiete und der Rest-Tschechoslowakei übernimmt er die gleiche Aufgabe an der Universität Prag. Bis zur Heimkehr ins Reich wird er Chef im "Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren"

Der promovierte Jurist arbeitete nach 1945 bei badischen Industrie- und Handelskammern (WAZ 20.10.77)

Zunächst wird er jedoch als SS-Führer mit langjährigen besonderen Aufgaben rund drei Jahre von den Alliierten gefangen gehalten.

1951 beginnt bei Daimler-Benz der unaufhaltsame Aufstieg (übrigens Daimler-Benz Generaldirektor Dr. Joachim Zahn ist ehemaliger SA-Obersturmführer, NSDAP-Mitgliedsnummer 350194)

Aus dem Arbeitgeberverband machte er eine schlagkräftige Organisation (WAZ 20.10.77)

in diesem Sinne sperrt er 1963 streikende Metallarbeiter in Baden-Württemberg aus. 1970 wird er Mitglied der CDU 1973 Präsident der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), 1976 Vorsitzender im Präsidium des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI).

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Katholik. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Marin Niemöller, ehem. Kirchenpräsident von Hessen und Nassau, 1936-1945 in KZ-Haft

verlag frauenpolitik

wolbeckerstr. 78, 44 Münster

louise michel: erinnerungen aus der pariser commune-vollständige deutsche erstübersetzung. 320 s./ 19,80

salma galal: emanzipationsversuche der ägyptischen frau. 134 s./ 8DM

juliet mitchell: frauenbewegung, frauenbefreiung deutsche erstübersetzung. 200 s./11 DM

madeleine prudhomme: fürsorge im wohlstand (ein bericht aus frankreich) 120 s./8DM

michele manceaux: die frauen von gennevilliers. 180s./9 DM

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Axel Kuhlmann
Laurentiusstraße 29
4690 Herne 2

Druck: SOZUN / Dortmund

Alle nicht gezeichneten Artikel entsprechen der Meinung der Redaktion.

GYSENBERG:

Fröhliche Ferienstadt-ein Geschäftsbericht und eine Entlassung.

Vom 11. bis 29. Juli diese Jahres organisierte der Verein "Fröhliche Ferienstadt" eine Ferienaktion für Kinder im Revierpark Gysenberg. Das verblüffende an dieser Mammutshow für Kinder ist der finanzielle Aufwand dieser Maßnahme, im Vergleich zu sonstigen Aktionen von Verbänden und Vereinen. Dementsprechend geheimnisvoll ist der Finanzbericht von Herrn Thiele, Waz-Chefredakteur in Alt-Herne und Vorsitzender des Vereins "Fröhliche Ferienstadt", in seinem Abschlußbericht 1977.

Dort spricht Thiele von Spendeneinnahmen für eine dreiwöchige Ferienaktion von rund 23.260 DM. Woher diese Spenden kommen, erwähnt er auf Seite 6 seines Abschlußberichts: von der "großzügigen Herner Geschäftswelt". Neben der Absetzbarkeit dieser Spenden von den Steuern wurde von der lokalen WAZ für die Spenderfirmen in "großzügigen Artikeln" unbezahlte Werbung getrieben. Bestes Beispiel dafür ist die WAZ vom 2. Juli 77: "Heitkamp gräbt Fluß Wasser ab", ein Artikel von Wanner-Chefredakteur Loesch persönlich! Aber zurück zu Finanzbericht: er schweigt sich über die Höhe der Leistungen der Stadt Herne und der Revierpark GmbH aus-es werden keine Summen genannt!!

Es liegen Aussagen vor, daß einer der 20 hauptamtlichen Mitarbeiter dieser Ferienaktion rund 1.700 DM ausbezahlt bekommen hat! Das macht einen Stundenlohn von über 14 DM!! Bei 15 hauptamtlichen, die von der Gysenberg GmbH bezahlt werden, macht das zusätzlich 25.500 DM! Weiterhin liegen "Gerüchte" vor, daß der ehrenwerte Vorsitzende des Vereins, Thiele, für diese Ferienmaßnahme ein stolzes Gehalt von 3000 DM bezieht.

Nach Informationen des Jugendamtes wird sich die finanzielle Unterstützung der Aktion durch die Stadt auf ca. 15000 DM belaufen!

Dadurch würden die Gesamteinnahmen des Vereins auf 63.760 DM steigen: für eine dreiwöchige Ferienaktion!!!

Allerdings wird nur der geringste Teil dieser Summe zum Zwecke der pädagogischen Betreuung der Kinder eingesetzt. Diesem Finanzaufkommen entspricht die Konzept- und Planlosigkeit der Aktion. Als Ziele nennt Thiele auf Seite 2 des Abschlußberichtes: "Entlastung der Eltern und Ersatz für entgangene Urlaubsfreuden"!!! Hier sind, einfach gesagt, Stümper am Werk.

Zum Vergleich dieser Zahlen sei nur erwähnt, daß der normale Jah-

resetat der Revierpark GmbH für gemeinnützige Zwecke (Kinder-, Jugend- und Seniorenbetreuung) knapp 16.000 DM beträgt.

Alle im Stadtjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände erhalten zusammen für das ganze Jahr 1977 an Zuschüssen für Neigungsgruppenarbeit kaum 39.000 DM! Das wären immer noch 24.000 DM weniger, als die "Fröhliche Ferienstadt" verbraten kann!!!

Diese konkrete Aktion des Thiele-Vereins verdeutlicht die Notwendigkeit von Bürgeraktionen gegen die Kommerzialisierung des Herner Revierparks. Diesen Bestrebungen von Thiele und seines Vasallen Stiebling, ebenfalls WAZ-Redakteur und Vorstandsmitglied des Vereins, war Dr. Guimbaus, Programmleiter der Revierpark GmbH, im Weg. Der Beweis: Thiele fordert in einem persönlichen (!) Schreiben an den Oberstadtdirektor, Dr. Guimbaus zu entlassen. Der Skandal ist **p e r f e k t** !!

Bereits im Sommer 1976 kam es zu Konflikten zwischen Dr. Guimbaus und Stiebling. Letzterer versuchte einfach den Programmleiter zu übergehen, z.B. bei der Einstellung der bezahlten Mitarbeiter! Warum mußte Dr. Guimbaus gehen? Ganz einfach: er vertritt ein Konzept von fortschrittlicher Freizeitpädagogik; er versuchte das Profitdenken aus pädagogischen Aktionen zu verbannen. Das bekam Dr. Guimbaus voll zu spüren: Thiele entfachte eine Pressekampagne gegen ihn, was ihm als WAZ-Chefredakteur nicht schwerfallen konnte. Diese Pressehetze war mit die Grundlage für die ungerechtfertigte Kündigung.

Zum Zwecke der Kommerzialisierung wurde Anfang des Jahres auch der Gesellschaftervertrag der Revierpark GmbH gekündigt. Damit wurde die Gemeinnützigkeit des Revierparks endgültig aufgehoben. Die Stadt Herne hat bis heute nichts dagegen unternommen. Im Gegenteil: die Stadt hat heute kaum noch Einfluß auf den Revierpark.

Übrigens: Dr. Guimbaus ist nicht der erste pädagogische Mitarbeiter dieser GmbH, der rausgeschmissen wurde. Herbert Somplatzki hat über seine Erfahrungen als hauptamtlicher Mitarbeiter des Revierparks ein Kapitel in seinem Buch verfaßt. Interessant ist, daß zeitweise dieses Buch in Herner Buchläden nicht zu kaufen war! Warum wohl nicht!?!

Herbert Somplatzki: Muskelschrott

Reihe Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Fischer Verlag

NEUERSCHEINUNGEN

das Frauenjahrbuch 1977 ist inzwischen erschienen. es gibt einen Einblick in die augenblickliche Diskussion in der Frauenbewegung und ist für 10 Mark zu kaufen.

im Jahrbuch der Sozialarbeit 1978 (Barabas u.a.) kommen ganz viele Bereiche zur Sprache: vom Kinderhausprojekt über Randgruppenarbeit bis zur praktischen Medienarbeit. reinbek 1977 kostet: 12.80

rotbuch 170 arbeitskamp im krisenalltag wie man sich wehrt und warum - über erfahrungen in unterschiedlichen betrieben kostenpunkt 8 mark

seit kurzem gibt es eine "zeitschrift der bürgerprotestbewegung und der neuen linken. zwei hefte sind bisher erschienen. -atomstaat, spätkapitalismus und die bedrohung der gesellschaft - modell deutschland für europa kosten einzel 6, im abo 4,50 mark.

schule; ganz neu jahrbuch für lehrer 1978 v. Johannes Beck/Heiner Boehnke reinbek 1977 kostet 10.80 und ganz viele kalender

kinderkalender	5 mark
frauenkalender	6 mark
männerkalender	7 mark
rosa kalender	7 mark
umweltkalender	5 mark
roter kalender	4 mark
red diary	6 mark
kräuterkalender	7 mark

politische buchhandlung

bücher tee schallplatten kaffee plakate infos zeitung

im westenfeld 22 (nähe asta) tel 70 23 36 mo-fr 9-18 uhr sa 11-14 uhr

RWE Strompreiserhöhung

Die Stromkapitalisten schlagen wieder zu!

Um die Preiserhöhungen zu rechtfertigen, servieren uns die ehrenwerten Herren Zahlen, die einfach an "Volksverdummung" grenzen. Von dieser Preiserhöhung verspricht sich der RWE-Konzern eine Mehreinnahme von 340 Millionen DM. Die eigentliche Mehreinnahme müßte nach Dr. Klätte, Vorstandsmitglied der RWE, 500 Mio. DM betragen. Wie es heißt, wird die Differenz von 160 Mio. DM "im Konzern aufgefangen", d.h. diese Differenz wird voll und ganz gedeckt durch die Superprofite mit dem Atomstrom aus Biblis. Die Profitgier dieser Herren versteckt sich hier mal wieder hinter dem alten Kostüm des Sozialpolitikers.

Nun zu einigen Beispielen für "Volsverdummung":
1) Die 340.000 Bezieher von Strom für Nachtspeicherheizungen sol-

len laut RWE im Durchschnitt 9,4% mehr bezahlen. Tatsache ist aber, daß Elektro-Speichergeräte mit 9000 KW demnächst 204 mehr kosten!

2) Der RWE-Konzern spricht von einer durchschnittlichen Preiserhöhung von 7,2%. Tatsache ist, daß ein Drei-Personen-Haushalt bei Tarifgruppe 2 demnächst rund 110.-DM anstatt 96.-DM für zwei Monate zu bezahlen hat. Das macht eine Steigerung von 14,5%!!

3) Ein Ein-Personen-Haushalt hat mit einer Kostensteigerung von rund 11% zu rechnen: er bezahlt demnächst 21,78 anstatt 19,71 DM für zwei Monate. (Zahlen nach "Quintessenz")

Diese Preiserhöhung wird nur der Anfang einer Preiserhöhungswelle sein. Die Strommonopolisten haben bereits für Mitte 1978 neue Strompreiserhöhungen angekündigt!!

Der Coup der Stadtwerke

Gerade ist die Strompreiserhöhung beschlossen, wird schon wieder zum Angriff auf unser Portemonnaie geblasen. Der Überläufer diesmal: der Stadtrat

Der Gasliefervertrag, abgeschlossen zwischen der ehemaligen Stadtverwaltung Wanne-Eickel und der VEW soll im Zuge der Eingemeindungs-gleichmacherei aufgekündigt werden. Ab 1979 wird der Gastarif auf Herner Niveau angehoben. Die Wanne-Eickler Gaskunden werden dann 2mal 20% mehr für ihr Gas zahlen müssen, sollte dieser Beschluß wie zu erwarten in die Tat umgesetzt werden. Wie wird das funktionieren? Ab 1979 wird das Gas nicht mehr von der VEW, sondern von den Stadtwerken Herne geliefert. Dafür müssen die Stadtwerke erstmalig für Zig-Millionen der VEW die Gasrohre abkaufen! Auch das Gas selbst werden die Stadtwerke bei der VEW einkaufen und den gebeutelten Gaskunden mit erheblichem Aufschlag weiterverkaufen.

Für den Gaskunden bedeutet das: Er bekommt die gleiche Ware (gleiches Gas aus gleichen Rohren), und muß dafür dann 44% mehr abdrücken! Und das alles ohne die sicher bis dahin noch ins Haus stehenden Gaspreiserhöhungen durch die VEW.

Verantwortlich für diesen neuen Angriff auf unseren Lebensstandard ist diesmal die Herner SPD-Fraktion. Alles Gerede von "Sicherung des sozialen Status" durch die SPD wird wieder einmal von ihr selbst als leeres Gewäsch entlarvt. Aber sicher haben unsere SPD-Ratsherren ihre Gründe für diesen Beschluß. Sicher gibt es für einige altgediente Sozialdemokraten bei den Stadtwerken einige neue Sessel zu besetzen, denn wo mehr verkauft wird muß auch mehr verwaltet werden. Oder?

Auf jeden Fall ist die Freude der Dannekämper auf ihre neue Gas-Zentralheizung aufs neue vergällt.

Kleinanzeigen

Miat 127/3S, Bj. 75, TÜV 79 zu verkaufen. VB 4200 Mark R. Milewski Herne II Tel.: 50184

250er Honda, Bj. 73, TÜV 2 Jahre für 1000 Mark zu verkaufen. Tel.: 47337

Suche Fahrrad Angebote an Kontaktadressen-telephon (73942)

Verkaufe Renault R4 Bj. 71, TÜV 79, gut erhalten. VB 1800 Mark. Ingo Bütow, Herne II Talstr. 6 Tel.: 76790

Suche Motorrad-Lederjacke (Gr. 52 u. größer), Helm und Handschuhe. Heino Bütow, Herne II Talstr. 6 Tel.: 76790

Suche guterhaltene Mofa, technisch einwandfrei, bis 300 Mark. Angebote an: Gerd Hoff, Herne II Eickeler Straße 62

Verkaufen mehrere 250er Motorräder. (BMW, Triumph, Suzuki) Preise zwischen 400 und 1400 Mark. Anfragen an: Arno Schulz, Herne II Beckumerstr. 4 Tel.: 47337

Erste Erfolge?

- In VORORT Nr. 2 berichteten wir über den neuen Autobahnzubringer Westtangente. In diesem Zusammenhang erwähnten wir auch die Zerstörung der Kleingartenanlage im Bereich Dürerstr./Steinhalde. Verantwortungsbewußt wie immer, übernahm die Bürgergemeinschaft die Aufgabe, sich um die Planverdrängten Bürger zu kümmern. BG, weiter so!
- Aber nicht nur die Bürgergemeinschaft scheint VORORT zu lesen, sondern auch die WAZ. Einige Leute der WAZ-Redaktion versuchten, Themen aus der VORORT aufzugreifen, um sich damit ein paar Mark zu verdienen. Pfu!
- Auch der Chefredakteur der Herner WAZ, Michael Thiele, scheint eifriger VORORT-Leser zu sein. Denn in Nr. 3 berichteten wir über den "Fall" Dr. Guimbaus, den gekündigten Programmleiter des Revierparks Gysenberg. Thiele hängt da ganz dick mit drin! Es gibt das Gerücht, daß er uns verklagen will. Kollege Thiele, wir warten!!
- Gutes laßt sich aus dem Jugendamt berichten: dort scheint man sich im allgemeinen köstlich über die Wollenhaupt-WAZ-Kapriolen zu amüsieren, die in der VORORT dargestellt werden. Vielleicht können wir Leute vom Jugendamt als Weiterverkäufer gewinnen! Nur schade, daß uns Frau Wollenhaupt bald verlassen wird. Tschüs!
- Die neueste Reaktion auf VORORT liefern Mitglieder der "Deutschen Kommunistischen Partei": sie machen jetzt ihre eigene Stadtzeitung: den "Wanner Hammer". Welch' ein Jammer!!

GASTSTÄTTE

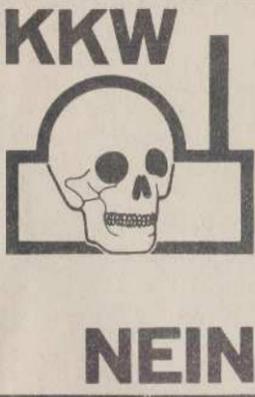
PILS-STUBEN

Tel. 52188

BIKKERSTR. 65

PREISWERTER

MITTAG- & ABENDTISCH



ANTI-AKW-INITIATIVE HERNE

Arbeitsprogramm

rentlichkeitsarbeit benutzt werden kann.

b) eine zweite AG ist mit der Beschaffung von Informationsmaterial dessen Aufarbeitung und Weiterreichung an die Initiative befaßt. Eine Mappe ist bereits zusammengestellt worden, die grundlegende Informationen enthält und ständig durch bestimmte Themen (die sich nach Anregungen aus der Initiative richten) erweitert wird.

Außerdem führt diese AG, möglichst 14-tägig, eine Pressechau durch, in der aktuelle Nachrichten und Entwicklungen (aufgearbeitet und mit Hintergrundmaterial vervollständigt) dargestellt werden. Desweiteren archiviert diese AG Informationsmaterial über AKWs, Presseberichte, BI-Zeitungen u.s.w. ; dieses Material ist den Mitgliedern der Initiative jederzeit zugänglich.

c) eine Projektgruppe existiert mit dem Ziel, eine Dokumentation über Unfälle in Atomanlagen zu erstellen, die dann eventuell über einen Verlag veröffentlicht werden soll.

d) weitere AGs zu bestimmten Themen können/sollen jederzeit gebildet werden.

2. Um den organisatorischen Zusammenhang mit der Anti-AKW-Bewegung zu intensivieren, werden bestehende Kontakte (so zum Atom-Büro Bochum) ausgebaut und neue Kontakte zu Initiativen in der näheren Umgebung aufgebaut. Auch wird ein ständiger Informationsfluß von und zu überregionalen Zusammenschlüssen hergestellt.

3. Neben der allgemeinen Informationsarbeit und der Arbeit an bestimmten



WIR HATTEN ZUMINDEST NOCH NIE EINEN SO HOHEN LEBENSSTANDARD

Für alle Interessierten, die mit uns zusammen daran wirken wollen das Atomprogramm zu Fall zu bringen :

Die Anti-AKW-Initiative trifft sich regelmäßig Dienstags um 19 Uhr im Club Courage, Bochumerstr. 86 (Hinterhof der Bäckerei Neumann), Herne I.

Die Anti-AKW-Initiative Herne versteht sich als Teil der Bewegung gegen die mörderischen Atomanlagen und will den Kampf gegen diese auch hier in Herne entfalten.

Dies wollen wir durch eine kontinuierliche Informationsarbeit, durch Mobilisierung und Teilnahme an Massenaktionen (wie geschehen bei der Kalkar Demonstration) und durch die Durchführung eigener Aktionen tun. Vorerst wollen wir vorrangig an Interessierte herantreten, um, organisatorisch und zahlenmäßig gestärkt, eine Informationsarbeit zu entwickeln, die breiteste Bevölkerungsteile anspricht.

Folgende Punkte werden unsere Arbeit in der nächsten Zeit bestimmen :

1. Arbeitsgruppen und Projektgruppen

a) eine Arbeitsgruppe (AG) stellt einen Dia Vortrag (über Funktionsweise, technische Probleme, Gefahren u.s.w. von AKWs) zusammen, mit dem einerseits wir selbst unser Wissen vertiefen wollen, andererseits wir an verschiedenste Gruppen, wie z. B. Gewerkschaftgruppen, Jugendverbände, Vereine, herantreten wollen, um Informationsvorträge zu halten. Diese AG erstellt außerdem ein Informationsblatt über Gefahren von AKWs, das ständig für unserer Öff-

ten Schwerpunkten der gesamten Anti-AKW-Bewegung (Brokdorf, Grohnde, Kalkar, geplante Wiederaufbereitungsanlage u.s.w.) ergeben sich für uns auf Grund der räumlichen Nähe zwei weitere Themenschwerpunkte der weiteren Arbeit :

a) das geplante Atomergiezentrum in Datteln/Waltrop und

b) das AKW in Hamm-Uentrop.

4. Außer diesen organisatorischen Punkten wollen wir uns auch künftig verstärkt Klarheit über verschiedene Fragen und Probleme des Kampfes gegen Atomkraftwerke verschaffen



Zensur in der Vor Ort?!

Die Vor Ort sprach uns einige Zeit nach der Kalkar-Demonstration (vom 24.9.) an, eine Einschätzung zu dieser Demonstration abzugeben. Da uns der darauffolgende Tag als Redaktionsschlußtermin genannt wurde, und wir nicht mehr in der Lage waren, innerhalb eines Tages noch einen entsprechenden Artikel zu schreiben, haben wir der VorOrt einen Text übergeben, der unsere Einschätzung der Demonstration und der Vorfälle enthielt. Dieser Text war ursprünglich für ein Flugblatt geplant, das allerdings nicht erscheinen konnte. Dieser Text war nach intensiver Diskussion von der Anti-AKW-Initiative einstimmig verabschiedet worden, und stellt somit die Stellungnahme der organisierten Anti-AKW-Bewegung in Herne/Wanne dar.

Wie dürfen wir es dann verstehen, wenn die VorOrt, die sich ja u. a. auch als Sprachrohr der verschiedenen Initiativen in Herne und Wanne versteht, unseren Text einfach nicht abdruckt, statt dessen aber

die Zeit findet, einen eigenen Artikel zu schreiben? Wir verstehen das als Zensur!

Das wird verständlich, wenn man sich die Begründung seitens der Redaktion für dieses Vorgehen ansieht. Zuerst wurden uns "stilistische Mängel" genannt, das heißt, da es sich um einen Flugblattentwurf handelte, wäre der Text für die Zeitung ungeeignet. Abgesehen davon, daß wir nicht der Meinung sind, Artikel von Initiativen und Bürgerinitiativen etc. müßten in erster Linie den ästhetischen Ansprüchen der Redaktion nahe kommen, stimmt uns folgendes sehr bedenklich: In der VorOrt ist dann ein 1 1/2-seitiger Artikel über Kalkar erschienen, sowie eine weitere halbe Seite über Atomkraftwerke. Das war der Redaktion möglich, weil sich der Redaktionsschluß um einige Tage verschoben hat. Die Redaktion hielt es aber nicht für nötig, uns darüber zu informieren. Hätte sie dies getan, und wir somit die Möglichkeit gehabt, in dieser Zeit einen zweiseitigen Artikel zu schreiben, so hätte dieser gewiss ganz anders ausgesehen (und wäre wohl auch den "journalistischen" Ansprüchen der VorOrt gerecht geworden).

Wie zu erwarten, war diese Begründung für das Absetzen unseres Artikels lediglich vorgeschoben. Herausgekommen ist dann, daß es der Inhalt unseres Artikel war, der der Redaktion nicht passte. Uns wurde vorgeworfen, unser Artikel würde lediglich "einen nicht zu vertretenden Enthusiasmus verbreiten", er würde unvorbelasteten Lesern nichts sagen.

Wie sah denn nun unser "Enthusiasmus" aus ?

Wir haben als erstes versucht, die Diskussion wieder auf die eigentliche Ebene zu bringen. Weg von dem Rätseln in der bürgerlichen Presse ("Wer gewinnt die Schlacht um Kalkar" und ähnlicher Unsinn) hin zu dem eigentlichen Grund der Demonstration, nämlich gegen den mörderischen "Schnellen Brüter" zu protestieren, der unserer Meinung nach eine tödliche Gefahr für Millionen von Menschen bedeutet (kein Wort davon in dem VorOrt-Artikel!). Des weiteren haben wir den Umfang der Bürgerkriegsmassnahmen seitens der Polizei und des Bundesgrenzschutz aufgezeigt, gezeigt, daß der Staat bereit ist, sämtliche Grund- und Bürgerrechte auszuschalten, um die

Gewinne der Atomindustrie zu garantieren. Und (unser "Enthusiasmus"?) wir haben gesagt, daß das Zustandekommen der bisher größten Demonstration gegen AKW's in der BRD angesichts dieser Bürgerkriegsmassnahmen und angesichts dessen, daß Tausende von AKW-Gegnern gar nicht erst nach Kalkar gelassen wurden, als ein riesiger Erfolg zu werten ist, der uns in unserem weiteren Kampf erheblichen Auftrieb gegeben hat. Man muß sich das mal vor Augen halten: Trotz all der Polizeischikanen treffen sich in Kalkar über 55.000 Menschen führen eine geschlossene und entschlossene Demonstration durch, haben damit erfolgreich das Demonstrationsverbot durchbrochen und das Demonstrationsrecht verteidigt. Und sie haben damit das Ziel erreicht, nämlich am Bauplatz zu demonstrieren. Ist das kein Erfolg ?

"NEIN" sagt die VorOrt. "Unverantwortlicher Enthusiasmus" ist das ! Von diesem "Enthusiasmus" ist dem VorOrt-Artikeln natürlich nichts mehr zu spüren. Kein Wort über den "Schnellen Brüter" und seine Gefahren; kein Wort über unseren Erfolg. Stattdessen auf 1 1/2 Seiten eine vorwiegend aus STERN-Zitaten zusammengesetzte Aneinanderreihung der Polizeischikanen. Das hätte man besser haben können, wenn der Leser gleich den STERN genommen hätte. Sowohl der Artikel, wie auch der "Augenzeugenbericht" (In dem seltsamerweise das für uns alle beeindruckendste Erlebnis, nämlich die bürgerkriegsmässige militärische Besetzung des kleinen Ortes Marienbaum durch Polizeihundertschaften, BGS-Panzerwagen usw. mit keinem Wort erwähnt worden ist) vermitteln lediglich das Gefühl, einer übermächtigen Staatsmacht ohnmächtig ausgeliefert zu sein, und hinterläßt beim Leser (aber nur bei dem der nicht in Kalkar war) völlige Resignation. Die letzte Bemerkung des Augenzeugenberichts: "Es wird jedenfalls nicht das letzte Mal sein, daß ich mir Fussblasen gegen das Atomergieprogramm geholt habe" kann angesichts dessen nur als kindliche Trotzreaktion gewertet werden.

Nicht Trotz, sondern die Erkenntnis, mit welchen Methoden der Staat unseren Kampf ersticken will, und die Erkenntnis, daß wir trotzdem stark sind und einen Erfolg errungen haben spornt uns an, den Kampf gegen die mörderischen Atomanlagen noch breiter und intensiver zu führen. Das ist alles, was wir zu diesem Artikel zu sagen haben.

Zurück zur Zensur. Dazu ein Zitat

aus einer Selbstdarstellung der "Gruppe Alternative Stadtzeitung" (heutige VorOrt-Redaktion):

"Wir gehen davon aus, daß das Verfälschen und Unterlassen ganz bestimmter Nachrichten in einem ganz bestimmten Interesse steht".

Wir auch. Bisher kannten wir solche Praktiken nur aus der bürgerlichen Presse, nicht aber aus einer Zeitung, die sich als alternatives Presseorgan und (u.a.) als Sprachrohr der fortschrittlichen Initiativen versteht. Auf einer solchen Basis ist eine Zusammenarbeit nicht möglich. Wir fordern die VorOrt-Redaktion deshalb auf, ihr Verhalten, ihre Positionen und ihr Selbstverständnis kritisch zu überdenken, und sich nicht von den verschiedenen Initiativen zu isolieren, sondern in ihnen und mit ihnen zu arbeiten.

Wir haben diese Stellungnahme geschrieben, weil wir der Meinung sind, daß diese Diskussionen nicht nur in den Redaktionsräumen stattfinden dürfen, sondern daß sie öffentlich geführt werden müssen. Wir fordern die VorOrt auf, zu den Sitzungen der Anti-AKW-Initiative zu kommen, um gemeinsam Möglichkeiten einer zukünftigen Zusammenarbeit (auf gleichberechtigter Basis) zu diskutieren.

Anti-AKW-Initiative Herne



Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit

In der letzten VORORT ist ein Artikel der Herner Anti-AKW-Initiative nicht veröffentlicht worden. Es handelte sich um ein Flugblatt, das uns als Artikel nicht geeignet erschien. Wir versäumten es bedauerlicherweise dieses Flugblatt zur Überarbeitung zurückzugeben bzw. mit Anti-AKW-Initiative zu diskutieren.

Paradoxerweise kam diese Diskussion nicht zustande, obwohl ein Mitarbeiter der VORORT Redaktion gleichzeitig Mitglied der Herner Anti-AKW-Initiative und somit Mitverfasser der untenstehenden Kritik ist.

Ein Taschenkalender für den täglichen und nächtlichen Gebrauch. Mit Daten, Literaturhinweisen, Adressen, Comics, Fotos, alles in einem haltbaren Plastikeinband.

Diesmal: Von Liedern, die man auch singen kann, von der Tvind-Schule, die es leider bei uns noch nicht gibt, vom Getrampel der Hornochsen in den Ministerien, der Herstellung von Wandbildern, von Fußball, Jusos und der Männerrolle, der Olympiade 1984 und von vielem mehr für acht Pfuff'ger im Buchhandel.

Rotbuch Verlag - 4 Mark

Die VOR ORT Redaktion distanziert sich hiermit von der Entführung H.M. Schleyers, der Flugzeugentführung nach Mogadischu und den übrigen Entführungen und Morden der RAF. In unserer Funktion als Alternativpresse behalten wir uns allerdings vor, Gegeninformationen zu bringen, die die gleichgeschaltete bürgerliche Presse verschwiegen hat. Wir werden uns weiterhin vorbehalten, unbequeme Fragen zu stellen.

Selbstmord?

Aus Gründen der Gegeninformation zu den bestehenden Medien veröffentlichten wir folgenden Bericht der Internationalen Untersuchungskommission, die den angeblichen Selbstmord der Ulrike Meinhof untersucht. Bereits am 18. Oktober 1977 erhielt die Landesregierung von Baden-Württemberg folgendes Telegramm, das bis heute nicht dementiert wurde!
"Die Internationale Untersuchungskommission zur Klärung der Todesumstände von Ulrike Meinhof hat im Laufe ihrer Arbeit vorläufig festgestellt, daß Ulrike Meinhof auf Grund eines plötzlichen Herzinfarktes sich nicht selbst erhängt haben kann. Trotzdem wird seitens der Behörde die Version eines Selbstmordes aufrechterhalten.



Aus «La Repubblica», Italien, linksliberal

ten. Aufgrund dessen und in Anbetracht der neuen Todesfälle in Stuttgart Stammheim ist es unbedingt erforderlich, daß neutrale Pathologen und Kriminologen in der Kommission, die Baader, Ensslin und Raspe obduzieren soll, teilnehmen. Aufgrund der Unklarheiten der letzten Todesfälle fordert die Internationale Untersuchungskommission auch die sofortige und vollständige Aufhebung der Kontaktsperre für die übrigen Gefangenen. Im Namen der IUK, Aarhus, Henrik Kaufholz, Sekretär"

Grundgesetz der BRD v. 23. 5. 1949

§ 102 : "Die Todesstrafe ist abgeschafft".

"Wir müssen ein Komunique herausgeben", sagten die Brüder, "ein Komunique, das alles erklärt. Wir müssen alles erklären, ganz genau, für jeden verständlich, diese Unwissenden müssen mit Wissen erleuchtet werden. Wenn alles erklärt ist, ist nichts mehr schlimm."
"Ja", stöhnte der Abt, "wir müssen es erklären, wir können nicht schweigen. Aber was werden wir erklären?"
Die Tuis dachten nach. Sie kauten Kerne, sie rauchten, sie gingen herum, die weißen Hände auf den dicken Hintern, sie blickten starr nach allen Ecken des Zimmers, sie seufzten. "Ich Habe es", sagte der Tui Weißwäscher. "Es ist ein Wunder." (Bert Brecht: Tui-Roman)

Morddrohung gegen Demokraten

Am 15. Okt. 77 veranstalteten die Faschisten von der NPD wieder eine umfangreiche Propagandaschau. Wiederholt wurden die Wannier Bürger mit der Forderung gelangweilt, endlich Hitlers Stellvertreter Heß den Friedensnobelpreis auszuhändigen. Spaß muß sein! Den Demokraten und Antifaschisten blieb aber das Lachen im Halse stecken, als der Junghitler Bernd Dröse den Wannier Faßken offen mit Mord drohte.

Als die Falken gegen die faschistische Greuelpropaganda einige Lieder anstimmten, sangen sie auch von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Daraufhin erwiderte der Faschist, daß die Falken eines Tages in der Emscher enden werden, genauso wie diese beiden Kämpfer der Arbeiterbewegung im Landwehrkanal. Allerdings sind die Falkenbosse etwas flügelhalm, denn sie konnten

sich nicht durchringen, eine Anzeige wegen Volksverhetzung zu stellen. Die Faschisten hätten sie verdient.

JEDER VIERTE NS-VERBRECHER FREIGESPROCHEN

Vor den Gerichten der Bundesrepublik angeklagte NS-Verbrecher haben gute Chancen, unbehelligt davonzukommen. Wie aus den Statistiken der Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg hervorgeht, ist in den seit 1958 durchgeführten 352 Gerichtsverfahren jeder vierte der 833 Angeklagten freigesprochen worden. Gegen weitere 54 wurden die Verfahren wegen "geringer Schuld" eingestellt. Nur 128 NS-Verbrecher erhielten lebenslange Haftstrafen. Gegenwärtig ermittelt die Zentralstelle noch immer gegen 4600 Beschuldigte.

WELTMARKT



HERNE

Wo sind wir?

WELTMARKT HERNE

Heinrichstraße 5

4690 Herne 1

Tel.: 5 26 81

Termine

19. 11. 10 Uhr
Demonstration von Jugendlichen für Preisrabatt für Arbeitslose Herne 1, Bahnhofstr.

25. 11. Initiative "Weg mit den Berufsverböten" Film: "Verfassungsfeinde" VHS Wanne-Eickel, Wilhelmstr. Beginn 19 Uhr

29. 11. Betriebsbesichtigung der Frauenfirma Graetz Bochum. Anmeldungen in der ESG Bochum.

8. 12. Außerordentliche Versammlung der Initiative "Weg mit den Berufsverböten" bei Grünendal-Depping, Referat von Rechtsanwalt Rudzki "Bericht von der Berufsverbötenkonferenz in Oldenburg" Beginn 19 Uhr

10. 12. Jahreshauptversammlung der "Weltbewegung für Menschenrechte" Köln, nähere Informationen über folgende Adresse: Geschäftsstelle des AEF. Mont-Cenisstr. 254, Herne 1

Ab 2. 12. DKP-Buchausstellung, Mozartstr. 8; Literatur: Jugend- und Kinderbücher, Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

Initiativen

BÜRGERINITIATIVE GEGEN DIE ERWEITERUNG DER HERNER STEAG jeden zweiten Donnerstag 19.30 Uhr Gaststätte "Zum Hülshoff" Rottstr. 76, Herne 1

ANTI-AKW-INITIATIVE Diebstags 19 Uhr im CLUB COURAGE Bochumerstr. 86, Herne 1

BÜRGERINITIATIVE GEGEN POLIZEI-ÜBERGRIFFE Donnerstags 19 Uhr in der Gaststätte "Krug" Mont-Cenisstr. Ecke Goethestr.

FRAUENGRUPPE WANNE-EICKEL Montags 20 Uhr Wohngemeinschaft Wannier Markt 11 Herne 2

DEMOKRATISCHE FRAUENINITIATIVE Montags 19 Uhr Jugendheim Holsterhausen Dorstenerstr. 262 Herne 2

AFRIKA-EUROPA-FÖRDERKREIS (AEF) Informationen bei der Geschäftsstelle in Herne 1 Mont-Cenisstr. 254

VOR ORT REDAKTIONSSITZUNG (öftentlich) Mittwochs 19 Uhr im Falkenheim Wilhelmstr. 89a Herne 2

Ausländerberatung in der ESG Bochum, dienstags 17-19 Uhr

	1	2	3	4	5	6	7	
8		9		10	11			12
		13		14			15	
16	17	18	19					
20				21	22	23		
24		25		26	27	28	29	
30			31	32			33	
34	35	36	37		38			
39				40				
41			42		43			
		44	45			46	47	
	48							

WAAGERECHT

- 2 Führt immer in den roten Zahlen
- 8 Unbedingt nächste Nummer kaufen
- 10 Braucht jeder, damit er regelmäßig die neue VOR ORT erhält
- 13 Wenn wir nichts tun, wird dort schon bald schnell gebrütet
- 15 Fragewort, das den Atommülldeponieverfechtern wohl die einzigen Schwierigkeiten bereitet
- 16 Wer etwas selbst gesehen hat, er fährt anderntags von ihr, daß es ganz anders gewesen ist
- 20 Kurznahme für den, der beim Lehrstellenroulette Glück hatte
- 21 Poet.Name für das, was man als Anwohner nicht mehr hat, wenn die Westtangente gebaut wird
- 23 Ägyptens größtes Freibad
- 24 Nach den städt. Planern wird dieses Ding bald durch Gärten, Wohnzimmer + Spielplätze führen
- 48 Behörde, die sich um das Wohl unter den Straßen sorgt
- 47 Von Land zu Land unterschiedliche Partei, die sich auf Karl Marx beruft-oder auch schon nicht mehr, wenn man neuesten Presseberichten glauben darf

- 30 So etwas beim Frühstück, und der Tag sieht ganz anders aus
- 32 Herrscht im Kopf der Bürokraten
- 33 Wenn's Aus ist, ist es nicht ..
- 34 Berühmtester US-Konzern. Rechtsputsch in Süd-Amerika? - Er und sein Geld sind nicht weit
- 37 Liebstes Tarifangebot der Unternehmer
- 38 Gibt's als Hand-, Hals oder Taschenexemplar
- 39 Vorname eines Millionenerbens, der sich prima auf Wohnen in der Schweiz und Hinterziehen von Steuern versteht
- 41 Produziert die WAZ am laufenden Band - sollte man Weihnachten aber auch in der Röhre haben
- 43 Diese drei Buchstaben hängen an den meisten Autos in der Stadt!
- 44 Darf ein DKP - Mitglied schon nicht mehr führen

SENKRECHT

- 1 Einrichtung, die nur in Notwehr schießt, in letzter Zeit allerdings auffallend häufig in solche Situationen kommt
- 3 ... et labora (bibl. Sinnspruch)
- 4 Initialien von Stoltenbergs Kollegen in Niedersachsen
- 5 Darf bei keinem Fußballspiel fehlen
- 6 Da sollen nach offiziellen Angaben doch tatsächl. schon wieder Fische drin schwimmen
- 7 Das wollen wir weder in Brockdorf und auch nicht anderswo
- 8 Steht in Herne, qualmt + stinkt
- 9 Alles in Ordnung
- 10 Kann man in Herne in keinem Gewässer mehr nehmen
- 12 Lokal-Journalistin, die auf einen Bild-Zeitungs-Vertrag wartet
- 14 So soll die Energie-Zukunft heißen
- 17 Hat kaum einer, wenn er zur Arbeit geht
- 18 Führt auch dauernd im Minus

- 19 Wenn nicht ohne, dann ...
- 22 Einrichtung in Wanne-Mitte, die Besuchern gerne nimmt und Angestellten ungern gibt
- 24 Chef von 48 waagerecht
- 25 Nahe Verwandte
- 26 Wer braucht die VOR ORT?
- 27 Stadtteil von Bochum
- 28 Wenn nicht alt, dann ...
- 29 "Guten Tag" im Ruhrpott
- 31 Was sagen die Kühe zum AKW in Brockdorf?
- 35 Nachnahme von Mao Tse
- 36 Ganz schön brisanter Stoff
- 40 Wenn nicht raus, dann
- 42 Das sagen die Franzosen zu Kernkraftwerken
- 46 Kurznahme für ein Gebäude, das den meisten Arbeitslosen zum Hals raushängt
- 47 Kurzform für Kultusminister

P.S.: Auflösung in der nächsten VOR ORT.